



**F r e i e   H a n s e s t a d t   B r e m e n**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,  
anlässlich der Debatte zur Finanzierung der Kosten  
in der Energiekrise und der Reaktivierung des  
Wirtschaftsstabilisierungsfonds**

**in der 1026. Sitzung des Bundesrates  
am 28. Oktober 202**



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 28. Oktober 2022 in der 1026. Sitzung des Bundesrates

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich den vorliegenden Gesetzentwurf zum Anlass für einige grundsätzliche Anmerkungen nehmen.

Beginnen möchte ich, mit Ihrer Erlaubnis Herr Präsident, mit einem Zitat aus dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 29. September dieses Jahres. „Unser Land befindet sich in einer Notsituation“, heißt es dort. „In dieser außergewöhnlichen Lage ist die **nationale Einheit und Geschlossenheit** in der **Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern** bei der Krisenbewältigung von essentieller Bedeutung, auch, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen (...).“ Ich denke das beschreibt die aktuelle Lage recht gut.

Was dem Bundesrat heute zur Befassung vorgelegt wird ist ein Instrument, das bei der finanziellen Bewältigung der Folgen des Kriegs in der Ukraine helfen soll. Wir reden hier noch nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie, über die damit konkret ins Werk zu setzenden Anti-Krisen-Maßnahmen.

Der reaktivierte Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist ein außergewöhnliches und zugleich pragmatisches Instrument um Geldmittel in großem Umfang zu mobilisieren. Und genau das brauchen wir jetzt. Weil wir uns in einer Notsituation befinden, die ebenfalls außergewöhnlich ist und pragmatisches Handeln erfordert. Ich denke darüber sind wir uns hier im Saal alle einig.

Denn Putin hat ja nicht nur der Ukraine den Krieg erklärt. Sein erklärtes Ziel ist es Europa zu spalten, Deutschland wirtschaftlich zu schwächen und einen Keil zwischen uns zu treiben. Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die wir als Bundesländer untereinander oder als Ländergemeinschaft mit dem Bund haben: Das dürfen wir in keinem Fall zulassen. Denn dann hätte Putin gewonnen!



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 28. Oktober 2022 in der 1026. Sitzung des Bundesrates

Mit den 200 Milliarden Euro des WSF sollen dringend notwendige Entlastungen für die Menschen in unserem Land finanziert werden - nicht nur für die privaten Haushalte, sondern auch für die Unternehmen. Es sollen insbesondere die Energiepreise gedeckelt werden, sowie die Gaspreiskommission das vorgeschlagen hat. Und es sollen weitere Entlastungsmaßnahmen finanziert werden, zumindest was den Bundesanteil daran betrifft.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich in der vergangenen Woche intensiv mit den Vorschlägen auseinandergesetzt. Wir haben sowohl mit dem Bundeswirtschafts- als auch mit dem Bundesfinanzminister diskutiert und wir haben in unserem Beschluss anschließend deutlich gemacht: Das von der Kommission vorgelegte Modell ist grundsätzlich eine geeignete Grundlage, um eine rasche und zugleich effektive Entlastung auf den Weg zu bringen.

Wir haben aber auch - ebenfalls einvernehmlich - eine ganze Reihe von Aspekten gegenüber dem Bund adressiert, die bei der weiteren Ausgestaltung noch berücksichtigt werden müssen. So halten wir etwa eine deutlich frühere Umsetzung der Gaspreisbremse als bisher geplant für notwendig.

Darüber und über die Frage der Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden wir am kommenden Mittwoch und später - wenn die Maßnahmen im Gesetzgebungsverfahren vorgelegt werden - auch hier im Bundesrat noch zu reden haben.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 28. Oktober 2022 in der 1026. Sitzung des Bundesrates

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Länder haben ein großes Interesse daran, dass der Bund in diesen schwierigen Zeiten schnell und wirksam handeln kann und dass dafür die notwendigen haushalterischen Voraussetzungen geschaffen werden. Es ist aus meiner Sicht deshalb auch nur folgerichtig, dass wir den Bund bei diesem Kurs konstruktiv unterstützen und begleiten.

Es ist aber nicht nur der Bund, es sind auch die Länder und Kommunen, die vor riesigen Herausforderungen stehen. Ich würde mir deshalb wünschen, dass die konstruktive Begleitung des Bundes durch die Länder ihre Entsprechung in einer ebenso konstruktiven Begleitung der Länder durch den Bund findet.

Das gilt sowohl für die Frage: Wer übernimmt welchen Anteil bei der Finanzierung der vom Bund vorgesehenen Maßnahmen? Das gilt aber auch für die Frage: Wie können die Länder die anstehenden Herausforderungen für ihre eigenen Haushalte meistern? Um es mal mit einer Zahl für Bremen zu verdeutlichen: Allein das heute auch auf der Tagesordnung stehende Inflationsausgleichsgesetz wird den bremischen Stadtstaat in den kommenden fünf Jahren rund 500 Millionen Euro kosten.

Vor diesem Hintergrund wäre es nur folgerichtig, dass der Bund nicht nur für sich in Anspruch nimmt, in dieser außergewöhnlichen Notsituation zu pragmatischen Finanzierungsinstrumenten zu greifen. Sondern dass er gleiches auch den Ländern ausdrücklich zugesteht, sollten diese gezwungen sein in diesem oder im nächsten Jahr ihre Haushalte durch die Aufnahme von Krediten auszugleichen. Ich bin gespannt, was wir dazu von der Bundesregierung am nächsten Mittwoch hören werden.

Herzlichen Dank!